

Bebauungsplan

"Freiflächen-Photovoltaikanlage Freyung Illerberg"

Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

I. Prüfung und Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanentwurfs mit Stand vom 19.12.2024, fand in der Zeit vom 27.01.2025 bis einschließlich 28.02.2025 statt. Während dieser Zeit konnten Stellungnahmen zur Planung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Vöhringen vorgebracht werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

II. Prüfung und Abwägung der Stadt zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Unterlagen zur Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden am 24.01.2025 an insgesamt 33 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange verschickt.

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahme oder eine Stellungnahme ohne Einwendungen zur Planung vorgebracht:

- Schwaben Netz GmbH, Schreiben vom 30.01.2025
- Amprion GmbH, Schreiben vom 03.02.2025
- Handwerkskammer für Schwaben, mit Schreiben vom 04.02.2025
- Stadt Weißenhorn, Schreiben vom 06.02.2025
- Gemeinde Bellenberg, Schreiben vom 10.02.2025
- Industrie- und Handelskammer für Schwaben, Schreiben vom 12.02.2025
- Staatliches Bauamt Krumbach, Schreiben vom 12.02.2025
- LEW, Schreiben vom 25.02.2025
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Amt für ländliche Entwicklung Schwaben
- Bayernnetz GmbH
- Bayerischer Bauernverband
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bezirk Schwaben, Heimatpfleger Christoph Lang
- Bischöfliche Finanzkammer
- BUND Naturschutz Bayern e.V.
- Bund Naturschutz in Bayern e.V. – Kreisgruppe Neu-Ulm
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Erdgas Schwaben
- Evang. Pfarramt Vöhringen
- Landratsamt Neu-Ulm
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. – Hilpoltstein
- RAB Regionalbus
- Stadt Senden
- Vodafone GmbH

**Darüber hinaus wurden von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange
Stellungnahmen vorgebracht die von der Stadt wie folgt geprüft und abgewogen wurden:**

1. Regionalverband Donau-Iller, mit Schreiben vom 26.02.2025

Wir haben uns mit Stellungnahme vom 11.11.2024 bereits zur geplanten FNP-Änderung sowie zur Aufstellung des Bebauungsplans geäußert. Unsere diesbezüglichen Aussagen bzgl. Lage der Planfläche in einem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft gemäß Plansatz B I 2.1 G (3) des Regionalplans sowie bzgl. des Vorranggebiet für eine Elektrifizierung der Schienenstrecke Senden – Weißenhorn gemäß Plansatz B V 1.2.1 Z (7) gelten weiterhin.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Für die Planung und Realisierung von PV-Freiflächenanlagen besteht von Seiten des Gesetzgebers ein überragendes öffentliches Interesse, um die geforderten Klimaziele erreichen zu können. In der Begründung sowie im Umweltbericht wird auf das überragende öffentliche Interesse verwiesen und somit der PV-Freiflächenanlage Vorrang vor einer landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen eingeräumt.

Im Nachgang an die Stellungnahme vom 11.11.2024 wurde der Sachverhalt hinsichtlich der Elektrifizierung der Bahnstrecke Senden-Weißenhorn mit dem Regionalverband abgestimmt. Das geplante Baufenster hat einen Abstand zum Gleiskörper der Bahnstrecke von ca. 20 m. Nach Rücksprache mit dem Regionalverband ist dieser Abstand für eine möglich Elektrifizierung ausreichend.

2. SWU Verkehr GmbH und SWU Netze GmbH, mit Schreiben vom 17.02.2025

SWU Verkehr GmbH

Ihr Anliegen wurde auf Belange der SWU Verkehr GmbH untersucht. Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass es keine unmittelbare Betroffenheit des Vorhabens zur Eisenbahnstrecke gibt. Wir weisen aber darauf hin, dass im Falle einer Leitungsverlegung für die PV-Freifläche unter oder über die Eisenbahnstrecke hinweg, die geltenden Leitungskreuzungsrichtlinien einzuhalten sind. Im Falle einer Kreuzung muss der Vorhabenträger sich hierzu mit der SWU Verkehr GmbH abstimmen.

SWU Energie GmbH

Ihr Anliegen wurde auf Belange der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH untersucht. Es bestehen keine Einwände seitens der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH, da die Fläche in ausreichendem Abstand zu unseren Versorgungsleitungen liegt. Ihr Anliegen wurde auf Belange der SWU Energie GmbH untersucht. Grundsätzlich bestehen keine Einwände gegen die geplante PV-Anlage. Wir möchten darauf hinweisen, dass es in diesem Bereich eine Machbarkeitsuntersuchung der SWU Energie GmbH bzgl. einer möglichen Fernwärmeversorgungs-trasse gibt. Wir bitten Sie, dies bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen. Um weitere Abstimmung und Einbeziehung der SWU Energie GmbH, Abteilung Fernwärme (EF), in weitere Schritte Ihrer Planungen möchten wir Sie im Hinblick auf die Machbarkeitsuntersuchung bitten.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Zu SWU Verkehr GmbH

Aufgrund des angedachten Einspeisepunkt nordwestlich des Plangebiets ist eine Leitungsquerung der Bahntrasse nicht notwendig. Die Stellungnahme wird jedoch zur Berücksichtigung bei der weiteren Planung an den Vorhabenträger weitergeleitet.

Zu SWU Energie GmbH

Evtl. kommt die Trasse der angeführten Fernwärmeleitung im Bereich des östlich verlaufenden Feldwegs zum Liegen. Das Flurstück des Feldwegs weist im Bereich des Plangebiets eine Breite von mind. 5,0 m. Aufgrund dessen, dass innerhalb dieser Fläche 2 Fernwärmerohre mit einem Abstand von 40 cm verlegt, werden müssen kann es sein, dass mit der Baugrube in die Randeingrünung eingegriffen wird. Die geplanten PV-Module werden aufgrund des Abstandes zum Feldweg durch

die Baumaßnahme nicht tangiert. Die SWU wird sich nach Konkretisierung der Planung mit dem Vorhabenträger der PV-Anlage frühzeitig in Verbindung setzen.

3. Regierung von Schwaben, mit Schreiben vom 13.02.2025

Der geplante Standort liegt innerhalb eines Vorbehaltsgebietes für die Landwirtschaft des Regionalplans Donau-Iller (vgl. RP DI B I 2.1 G (3) i.V.m. Raumnutzungskarte). Gemäß RP DI BI 2.1 G (4) kommt in den Vorbehaltsgebieten für Landwirtschaft dem Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen bei der Abwägung gegenüber entgegenstehenden Nutzungen ein besonders Gewicht zu. Lässt die Gemeinde den m Regionalplan durch eine Vorbehaltsgebiet besonders gewichtigen Belang gegenüber anderen Belangen, wie etwa dem Ausbau erneuerbarer Energien zurücktreten, so hat sie dies in der Begründung zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan ausdrücklich darzulegen. Das bedeutet, die Gemeinde kann das vorgenannte regionalplanerische Gewicht nicht in Frage stellen, sie kann jedoch diesen besonders gewichtigen Belang im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung gegenüber noch gewichtigeren anderen Belangen zurücktreten lassen. Sie muss allerdings ihre tragenden Erwägungen in den Begründungen ausführlich darlegen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Für die Planung und Realisierung von PV-Freiflächenanlagen besteht von Seiten des Gesetzgebers ein überragendes öffentliches Interesse, um die geforderten Klimaziele erreichen zu können. In der Begründung sowie im Umweltbericht wird auf das überragende öffentliche Interesse verwiesen und somit der PV-Freiflächenanlage Vorrang vor einer landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen eingeräumt.

4. Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, mit Schreiben vom 11.02.2025

Wasserwirtschaftliche Würdigung:

Zum Entwurf des Bauleitplanes bestehen keine wasserwirtschaftlichen Bedenken. Wir verweisen dazu auf unsere Stellungnahme vom 14.11.2024, Az.:1-4622-NU36689/2024. Unsere Stellungnahme wurde bei der vorliegenden Planung ausreichend berücksichtigt.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Autobahn GmbH, mit Schreiben vom 07.02.2025

Im Folgenden leiten wir Ihnen die Stellungnahme des Fernstraßen-Bundesamtes weiter, der wir uns vollumfänglich anschließen:

„Nach Prüfung der Unterlagen befindet sich das Planungsgebiet außerhalb der 100 m Anbau-beschränkungszone der Bundesautobahn A 7. Demnach werden durch das Vorhaben keine fernstraßenrechtlichen Belange nach § 9 FStrG berührt. Eine Stellungnahme des Fernstraßen-Bundesamtes ist daher zwar entbehrlich, wir bitten jedoch darum, folgende Punkte in ihre Stellungnahme aufzunehmen:

Die Errichtung von Werbeanlagen ist nach dem § 9 Abs. 1 und 6 FStrG oder § 9 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 FStrG zu beurteilen und bedarf, auch bei temporärer Errichtung im Zuge von Bauarbeiten, der Genehmigung oder Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. Bei der Errichtung von Werbeanlagen ist darauf zu achten, dass die Verkehrssicherheit auf der BAB nicht beeinträchtigt wird. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf die §§ 33, 46 StVO wird verwiesen. Ferner wird auf die Bestimmungen des allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 32/2001 - Richtlinien zur Werbung an (Bundes) Autobahnen aus straßenverkehrs- und straßenrechtlicher Sicht, insbesondere auf den Punkt. 3. 4. 1, verwiesen.

Eine Gefährdung der am Verkehr Teilnehmenden auf der BAB durch Blendwirkung der geplanten Photovoltaikanlage ist zu verhindern. Dies ist durch ein geeignetes Gutachten oder einen anderen wissenschaftlich fundierten Nachweis zu belegen und ggf. in Form von notwendigen Blendschutzmaßnahmen umzusetzen.

Sollten sich Planänderungen in den Zuständigkeitsbereich des Fernstraßen-Bundesamtes ergeben, bitten wir um entsprechende Beteiligung am Verfahren.“

Darüber hinaus bestehen seitens der Autobahn GmbH, Niederlassung Südbayern, keine weiteren Ergänzungen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund des großen Abstandes von ca. 280 m zum Fahrbahnrand der Autobahn sowie der getroffenen Festlegung unter Ziffer 2.2. der Örtlichen Bauvorschriften unter der lediglich eine Infotafel mit einer maximalen Größe von 6,0 m² zulässig ist, ist mit keiner Beeinträchtigung des Verkehrs auf der BAB A7 zu rechnen. Ebenfalls kann eine mögliche Blendwirkung der Anlage aufgrund des Abstandes sowie der Topographie auf die BAB A7 ausgeschlossen werden. Von der Erstellung eines Blendgutachtens wird abgesehen.

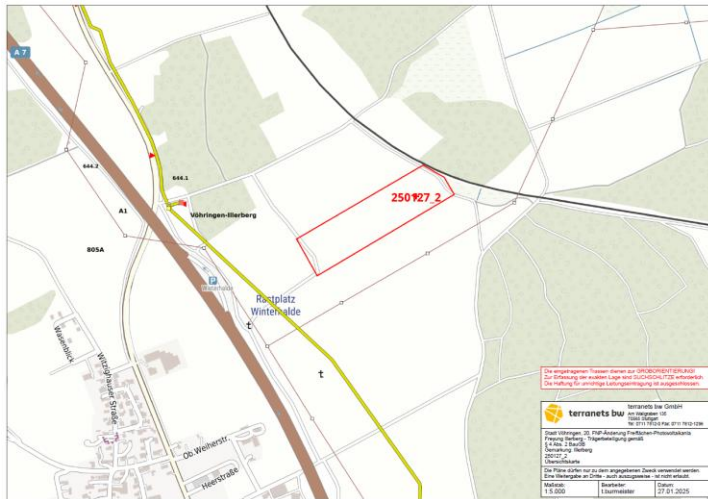
6. Terranets BW, mit Schreiben vom 29.01.2025

Wir bedanken uns für die Beteiligung am oben genannten Bebauungsplanverfahren. Im Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplanes (gilt nur für rot markierten Bereich) liegen keine Anlagen der terranets bw GmbH sowie des Zweckverbandes Gasversorgung Oberschwaben (GVO), so dass wir von dieser Maßnahme nicht betroffen werden. Wie Sie den beigefügten Planunterlagen entnehmen können, verlaufen südlich u. westlich außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des o.g. Verfahrens folgende Gashochdruckanlagen und bzw. oder parallel dazu verlegte Telekommunikationsanlagen:

Betreiber	Leitungsbezeichnung	DN	MOP	Schutzstreifen
terranets bw GmbH	ILL Illertalleitung	300	50 bar	6,00 m
terranets bw GmbH	Telekommunikationsanlagen			
	Cu/LWL			

Der Schutzstreifen von 6,00 m (3,00 m beidseitig der Leitungsachse) ist zwingend einzuhalten. Sollte sich Ihre Planung in diesen Bereichen weiterentwickeln, bitten wir Sie um eine erneute Beteiligung.

Das Befahren des Schutzstreifens mit schweren Bau- oder Kettenfahrzeugen in unbefestigtem Gelände ist nur nach vorheriger Einweisung und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen, die mit dem Beauftragten der terranets bw GmbH abzustimmen sind, erlaubt. Bei Näherungen verweisen wir auf die beigefügten Technischen Bestimmungen, die zwingend zur Beachtung und Einhaltung vorgeschrieben sind, mit der Bitte um Rückgabe der unterschriebenen Empfangsbescheinigung.



Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Der Abstand des Plangebiets zu den angeführten Gasleitungen beträgt ca. 140 m zur Leitung entlang der Autobahn sowie ca. 110 m zur Leitung südlich des Plangebiets. Ein Eingreifen in den Schutzstreifen der Leitung ist daher nicht notwendig.

7. Kreisbrandinspektion Neu-Ulm, mit Schreiben vom 30.01.2025

Insbesondere aufgrund der nicht vorhandenen Löschwasserversorgung muss die Zufahrt zu der Anlage mit Fahrzeugen der Feuerwehr gesichert möglich sein. Die Zufahrtsmöglichkeit muss grundsätzlich entsprechende den Vorgaben der „Richtlinie für Flächen der Feuerwehr“ ausgeführt sein. Für die Anlage muss ein vereinfachter Feuerwehrplan auf Basis der DIN 14095 als Übersichtsplan mit Angabe von Kontaktpersonen erstellt werden. Hinweis: Feuerwehrpläne sind nach DIN 14095 im Format DIN A 3 auf DIN A 4 gefaltet in Absprache mit der Kreisbrandinspektion zu erstellen. Der Betreiber und die örtliche Feuerwehr müssen mindestens je einen kompletten, auf Folie (wasserfestes Papier) gedruckten Satz in einem DIN A 4-Ordner erhalten. Bei der Kreisbrandinspektion (Landratsamt Neu-Ulm, Sicherheit und Ordnung (Fachbereich 24), Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm) sind zwei komplette, auf Folie (wasserfestes Papier) gedruckte Sätze in je einem DIN A 4-Ordner einzureichen, zusätzlich ist eine digitale Version unter <https://einsatzplaene.landkreis-nu.de> hochzuladen. Dabei ist folgende Dateinamekonvention zu beachten: firmenname_ortsname_weitereMerkmale.pdf.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Ausarbeitung eines vereinfachten Feuerwehrplans kann im Zuge des Bauleitplanverfahrens nicht geregelt werden. Die Stellungnahme wird zur Berücksichtigung bei der weiteren Planung an den Vorhabenträger weitergeleitet. Ein vereinfachter Feuerwehrplan wird nach Genehmigung der Anlage ausgearbeitet.